

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Einzelne: Moritzpl., Köpenicker Str. 2-3, Wiener Str. 1-4, Frankf. Allee 206, Frankf. Allee 346, Gr. Frankf. Str. 101, Gr. Frankf. Str. 107, Schön. Allee 144, Schiffbauerd. 4, Feanstr. 1, Müllerstr. 155, Badstr. 64, Köpenicker Str. 68-71, Roggenhald. Str. 65, Rathenow, Str. 2, Turmstr. 41, Poand. Str. 25, Lehnstr. 10, Zimmerstr. 66, Büchelerstr. 49, Oberlönch. Tauentzienstr. 2, Kanitz Str. 3, Scharnstr. 29, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserlamm 20, Friedmann, Knechtstr. 17, Blücher-Grünewald, Hertzstr. 10, Liebenberg, Frankf. Allee 241, Lieberfeld-Weig. Carlstr. 1-2, Neukölln: Berlin-Str. 41, Hermannstr. 28-34, Pankow: Hornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 10, Schönberg: Hauptstr. 25-28, Martin-Luther-Str. 9, Spandau: Albrechtstr. 109, Treptow: Berliner Str. 12, Tempelhofer Park: Berliner Str. 147, Wilmersdorf: Uhlandstr. 68, Kaisorplatz 18, Brandenburg: Hähnstr. 4, Gärtenstr. 1, Schlossstr. 1, Frankfort a. O.: Regierungstr. 48, Niederschönewald: Köpenicker Str. 23, Potsdam: Brandenburger Str. 20, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradiesplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich oder M. 1,75 monatlich. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. Insertionspreis die Zeile M. 1,- mit 50% Zuschlag, für Stellungsangebote und Gesuche M. 1,- mit 40% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. - Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. - Redakt. u. Haupt-Exp.: S.W. Jerusalemstr. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverke. Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Naschke.

Die Ueberreichung des Friedens-Entwurfes.

Der feierliche Akt in Versailles. - Clemenceaus Eröffnungsrede. - Brockdorffs Antwort.

Schriftliche Verhandlungen.

14 Tage Frist für die erste deutsche Rücküberung.

Genau um drei Uhr begaben sich die deutschen Delegierten mit ihren Sekretären vom Hotel des Reservoirs nach dem Trianonpalasthotel. Im ersten Wagen befanden sich Oberst Durr, der Chef der französischen Militärmission, und Legationsrat Freiherr v. Persner, im zweiten Wagen die Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau und Landsberg, im dritten Wagen der Reichsminister Giesberts und Präsident Reinert, im vierten Wagen Professor Schäding, Melchior und Gieseler, Daniel und im fünften Wagen die Ministerialdirektoren Simons und v. Stodhammer und Legationsrat Rodiger. Die kurze Fahrt wurde ohne jeden Zwischenfall zurückgelegt. Im Trianonhotel erwartete großer Vortritt die deutsche Delegation und geleitete die Herren nach dem großen Saale des Hotels, wo sämtliche Mitglieder des Kongresses der assoziierten und alliierten Regierungen, an ihrer Spitze der Präsident Clemenceau, zu seiner Rechten Wilson und zu seiner Linken Lloyd George, sich beim Eintritt der deutschen Delegierten erhoben. Unter den Teilnehmern der Sitzung befanden sich außer Marschall Foch nur wenige Offiziere, die dienstlich mit der Veranstaltung im Zusammenhang standen, darunter auch der Chef der Militärmission, Oberst Durr, dem die Militärkontrolle in Versailles obliegt. Die Anklündigung, daß auch Damen zugelassen werden würden, erfüllte sich nicht, hingegen waren alle politischen Berühmtheiten der alliierten und assoziierten Staaten zur Stelle. Graf Brockdorff-Rantzau nahm mit den übrigen Herren an einem kurzen Tisch in der Saalmitte Platz, dahinter die Stühle.

Wenige Minuten nach drei Uhr eröffnete Clemenceau die denkwürdige Versammlung mit einer kurzen Erklärung, in der er hervorhob, die Stunde der Regelung der durch den von uns heraufbeschwungenen Krieg entstandenen Abrechnung sei gekommen. „Sie verlangen den Frieden, wir sind bereit, ihn zu gewähren. Das Buch, das Ihnen überreicht wird, enthält seine Bedingungen. Wir werden Ihnen die nötige Zeit lassen, die die internationale Gerechtigkeit gebietet, um sie zu prüfen. Wir werden aber für die notwendigen Vorkehrungen und Sicherungen sorgen, damit auf diesen zweiten Versailler Frieden, der einen so schrecklichen Krieg abschließt, kein weiterer folge.“

Hierauf gab Clemenceau den Inhalt der Fragen bekannt, über die von den deutschen Delegierten innerhalb 14 Tagen eine schriftliche Antwort gegeben werden sollte.

Ergebnis von deutscher Seite schon früher bescheid, so werde auch die Entente eine schnelle Gegenantwort erteilen, um binnen einer weiteren noch zu bestimmenden Frist die endgültige schriftliche Entscheidung von deutscher Seite zu erwarten.

Zwischen überreichte der Generalsekretär des Friedenskongresses der alliierten und assoziierten Mächte, Ekasta, dem Grafen Brockdorff-Rantzau ein Buch, mit dem Entwurf der von der Entente vorgeschlagenen Präliminarien. Nachdem der Dolmetscher in englischer und deutscher Sprache diese Erklärung Clemenceaus der ganzen Versammlung zur Kenntnis gebracht hatte, erhob sich Clemenceau zu der Anfrage, ob jemand eine Bemerkung zu machen wünsche.

Hierauf gab Graf Brockdorff-Rantzau zu erkennen, daß er das Wort wünsche, und verlas sodann sichtlich eine längere Erklärung in deutscher Sprache, wobei die einzelnen Sätze von den Dolmetschern, Justizrat Schauer und Dr. Richa als ins Französische und Englische überföhrt wurden. Der Vorsitz des Grafen Brockdorff-Rantzau war sehr ruhig, stellenweise erhob der Reichsminister mehrfach seine Stimme.

Die Versammlung folgte seiner Rede mit größtem Interesse.

Nach der Beendigung der Erklärung stellte Clemenceau nochmals die Frage, ob weitere Bemerkungen gewünscht würden, und schloß hierauf die Sitzung. Der denkwürdige Akt dauerte von 3 Uhr 5 Minuten bis 3 Uhr 50 Minuten. Die deutschen Delegierten liehen sofort nach dem Hotel des Reservoirs zurück, wo Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau der ganzen

deutschen Delegation einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Sitzung erstattete.

Brockdorff-Rantzaus Antwort.

Versailles, 7. Mai.

Die Antwort des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rantzau hatte folgenden Wortlaut: Meine Herren! Wir sind tief durchdrungen von der erhabenen Aufgabe, die uns mit Ihnen zusammengeführt hat, der Welt rasch einen dauernden Frieden zu geben. Wir tauschen uns nicht über den Umfang unserer Niederlage, den Grad unserer Ohnmacht. Wir wissen, daß die Gewalt der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen die Wucht des Hasses, die uns hier entgegentritt. Und wir haben die leidenschaftliche Forderung gehört, daß die Sieger uns zugleich als Ueberwindene zahlen lassen und als Schuldige bestrafen sollen.

Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkriege kam, und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. Die Haltung der früheren deutschen Regierung auf den Haager Friedenskonferenzen, ihre Handlungen und Unterlassungen in den tragischen 12 Jaktagen mögen zu dem Unheil beigetragen haben, aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist.

Keiner von uns wird behaupten wollen, daß das Unheil seinen Lauf erst in dem verhängnisvollen Augenblick begann, als der Thronfolger Oesterreich-Ungarns den Mörderhänden zum Opfer fiel. In den letzten 30 Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung, die Politik der Expansion und die Rückstufung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, hat zu der Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Reife erlebte. Die russische Mobilmachung nahm den Staatsmännern die Möglichkeit der Heilung und gab die Entscheidung in die Hand der militärischen Gewalten.

Die öffentliche Meinung in allen Ländern unserer Gegner hallt wider von den Verbrechen, die Deutschland im Kriege begangen habe. Auch hier sind wir bereit, getrautes Unrecht einzugestehen. Wir sind nicht hierhergekommen, um die Verantwortlichkeit der Mächte, die den Krieg politisch und militärisch geführt haben, zu verkleinern und begangene Verbrechen wider das Völkerrecht abzuleugnen. Wir wiederholen die Erklärung, die bei Beginn des Krieges im deutschen Reichstag abgegeben wurde: Belgien ist Unrecht geschehen und wir wollen es wieder gut machen.

Aber auch in der Art der Kriegsführung hat nicht Deutschland allein geschuldet. Jede europäische Nation kennt Taten und Verbrechen, deren sich die besten Volksgenossen ungen erinnern. Ich will nicht Vorwürfe mit Vorwürfen erwidern, aber wenn man gerade von uns Buße verlangt, so darf man den Waffenstillstand nicht vergessen. Sechs Wochen dauerte es, bis wir einher schritten, sechs Monate, bis wir Ihre Friedensbedingungen erfüllten. Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein, aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das nationale Dasein, in einer Leidenschaft, die das Gewissen der Völker stumm macht. Die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Wollade zugrunde gingen, wurden mit kalter Ueberlegung getötet, nachdem für unsere Gegner der Sieg erungen und verbürgt war. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen!

Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Hauptpersonen der Tragödie zu Worte kommen, der alle Archive geöffnet werden. Wir haben eine solche Untersuchung gefordert, und wir wiederholen die Forderung.

Bei dieser Konferenz, wo wir alle in ohne Bundesgenossen der großen Feinde unserer Gegner gegenüberstehen, sind wir nicht schutzlos. Sie selbst haben uns einen Bundesgenossen zugeführt: das Recht, das uns durch den Vertrag über die Friedensgrundzüge gewährleistet ist. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in der Zeit zwischen dem 5. Oktober und den 5. November 1918 auf den Nachfrieden verzichtet und den Frieden der Gerechtigkeit auf ihr Banner geschrieben. Am 5. Oktober der 1918 hat die deutsche Regierung die Grundzüge des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis vorgeschlagen. Am 5. November hat ihr der Staatssekretär Lansing erklärt, daß die alliierten und assoziierten Mächte mit dieser Basis und alle weiteren Abweichungen einverstanden seien. Die Grundzüge des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien, für Sie wie für uns, und auch für unsere früheren Bundesgenossen, bindend geworden.

Die einzelnen Grundzüge fordern von uns schwere nationale und wirtschaftliche Opfer. Aber die heiligen

Grundrechte aller Völker sind durch diesen Vertrag geschützt. Das Gewissen der Welt steht hinter ihm; keine Nation wird sie ungestraft verletzen dürfen.

Sie werden uns bereit finden, auf dieser Grundlage den Frieden, den Sie uns vorlegen, mit der besten Willigkeit zu prüfen, in gemeinsamer Arbeit mit Ihnen Bestreben wieder aufzubauen, geschlechener Unrecht, in erster Linie das Unrecht an Belgien, wieder gutzumachen und der Menschheit neue Ziele politischen und sozialen Fortschritts zu zeigen. Bei der verwirrenden Fülle von Problemen, die der gemeinsame Zweck aufwirft, sollten wir möglichst bald die einzelnen Hauptaufgaben durch besondere Kommissionen von Sachverständigen auf der Grundlage des von Ihnen vorgelegten Entwurfs erörtern lassen. Dabei wird es unsere Hauptaufgabe sein, die verwüdete Menschenkraft der beteiligten Völker durch einen internationalen Schutz von Leben, Gesundheit und Freiheit der arbeitenden Klassen wieder aufzurichten.

Als nächstes Ziel betrachte ich den Wiederaufbau der von uns besetzt gewordenen und durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs. Die Verpflichtung hierzu haben wir feierlich übernommen, und wir sind entschlossen, sie in dem Umfange auszuführen, der zwischen uns vereinbart ist. Dabei sind wir auf die Mitwirkung unserer bisherigen Gegner angewiesen. Wir können das Werk nicht ohne die technische und finanzielle Beilegung der Sieger vollenden; sie können es nur mit uns durchführen. Das verarmte Europa muß wünschen, daß der Wiederaufbau mit so großem Erfolg und so wenig Aufwand wie möglich durchgeführt wird. Der Wunsch kann nur durch eine klare geschäftliche Verhandlung über die besten Methoden erfüllt werden. Die schlechteste Methode wäre, die Arbeit weiter durch deutsche Kriegsgesangen zu besorgen zu lassen. Gewiß, diese Arbeit ist billig, aber sie käme der Welt teurer zu stehen, wenn das und Verzweiflung das deutsche Volk darüber erweisen würde, daß seine gefangenen Söhne, Brüder und Väter über den Vorfrieden hinaus in der bisherigen Trost weiter schmachteten. Ohne eine sofortige dieser allzulange verschleppten Frage können wir nicht zu einem dauernden Frieden gelangen.

Unsere beiderseitigen Sachverständigen werden zu prüfen haben, wie das deutsche Volk seiner finanziellen Entschuldigungsfrist Genüge leisten kann, ohne unter der schweren Last zusammenzubrechen. Ein Zusammenbruch würde die Ersatzberechtigten um die Vorteile bringen, auf die sie Anspruch haben, und eine unheilbare Verwundung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens nach sich ziehen. Wegen dieser drohenden Gefahr mit ihren unabsehbaren Folgen müssen Sieger und Besetzte auf der Hut sein. Es gibt nur ein Mittel, um sie zu dämmen: Das rückhaltlose Bekenntnis zu der wirtschaftlichen und sozialen Solidarität der Völker, zu einem freien und unbesessenen Völkerverbund.

Meine Herren! Der erhabene Gedanke, aus dem fürchterlichsten Unheil der Weltgeschichte durch den Völkerverbund den größten Fortschritt der Menschheitsentwicklung herzuleiten, ist ausgesprochen und wird sich durchziehen. Nur wenn sich die Worte zum Völkerverbund allen Nationen durchziehen, die guten Willens sind, wird das Ziel erreicht werden, nur dann sind die Toten dieses Krieges nicht umsonst gestorben. Das deutsche Volk ist innerlich bereit, sich mit seinem schweren Los abzufinden, wenn an den vereinbarten Grundlagen des Friedens nicht gerüttelt wird. Ein Friede, der nicht im Namen des Rechts vor der Welt verteidigt werden kann, würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen. Niemand wäre in der Lage, ihn mit guten Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unersetzbar. Niemand könnte für seine Ausführung die Gewähr, die in der Unterschrift liegen soll, übernehmen.

Wir werden das uns übergebene Dokument mit guten Willen und in der Hoffnung prüfen, daß das Endergebnis unserer Zusammenkunft von uns allen gezeichnet werden kann.

Das alte Lied der Militaristen.

Der unzufriedene Foch.

Paris, 6. Mai.

In der heutigen geheimen Vollziehung der Friedenskonferenz, auf der Italien vertreten war, machten die Vertreter einiger Mächte Anmerkungen zu dem Friedensvertrag, doch wurden keine Vorbehalte erhoben. Foch hielt eine Rede, worin er erklärte, daß die Frankreich gewährte Sicherheit vom militärischen Standpunkt aus ungenügend sei. Nach seiner persönlichen Meinung sollte der Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden. Er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, daß die Franzosen die Bräudenköpfe am Rhein behalten.

Wilson beruft den Kongreß ein.

New York, 7. Mai. (Neuter.)

Wilson berief zum 19. Mai eine Sitzung des Kongresses ein.